



# PRESSESPIEGEL

47. KW und 48. KW 2022

Ausschnitt aus **Hanauer Anzeiger** vom **21.11.2022**

# Spitzenergebnisse erzielt

## Lokalschau des Geflügelzuchtvereins Büdesheim

**Schöneck** – 17 Rassegeflügelzüchter des Geflügelzuchtvereins Büdesheim haben bei ihrer Lokalschau eine verblüffende Qualität präsentiert. Die Preisrichter belohnten ihre Tiere mit einer Vielzahl von Topnoten. Das ließ auch die Herzen der Jugend höherschlagen, die den erwachsenen Vorbildern begeistert nacheifert.

Als Willi Schmidt noch einmal konzentriert jedes Tier für sich begutachtete, ließ er seiner Bewunderung freien Lauf. „Die Qualität ist sehr gut“, verteilte der Vorsitzende des Geflügelzuchtvereins Büdesheim die besten Zensuren. Das Federvieh, das er und seine 16 Züchterkollegen in den 218 Käfigen präsentierten, verdiente sich die allerhöchste Anerkennung der Jury.

Die Preisrichter Klaus Gottwals (Hühner und Enten) sowie Herbert Heßke und Michael Gallasch (beide Tauben) verteilten allein 16-mal die Höchstnote „vorzüglich“. Und es wären wohl noch zwei weitere „Vs“ hinzugekommen, wenn ein zweiter Preisrichter die Lizenz gehabt hätte, Wassergeflügel zu bewerten. So mussten sich die Laufente von Norbert Petsch und die Smaragdente von Roland Marr nur mit der Note „hervorragend“ begnügen, obwohl auch sie von vollendeter Schönheit waren.

Bei den 22 anderen Tieren, die ebenfalls ein „hv“ einheimsten, lag der Fall ein kleinwenig anders. Ihnen fehlte in den Augen der Juroren nur eine winzige Nuance zur Perfektion. Bei der Büdesheimer Rassegeflügelschau wurden insgesamt 40-mal die beiden höchsten Benotungen gezücht.

„Die Liebe zum Rassegeflügel kennt keine Grenzen“, erklärt Schmidt die Philosophie des Vereins, der auf Offenheit setzt und dadurch über die Region hinaus an Attraktivität gewinnt. Wer in dieser erlesenen Konkurrenz besteht, braucht den Wettbewerb bei weiterführenden Ausstellungen auf Landes- und Bundesebene nicht zu scheuen. „Wir werden die meisten dieser Tiere auf den großen Schauen wiedersehen“, ist sich Schmidt sicher.

An der Leidenschaft der Büdesheimer Züchter für ihr Hobby und ihrem Ehrgeiz konnten weder die Pandemie noch die Getreidepreise etwas ändern, die in Folge des Kriegs in der Ukraine explodiert sind. Auch die Jugend blieb bei der Stange. Tim Rodehau knüpfte mit seinen Silberschuppen an seine Erfolge der vergangenen Jahre an. Allerdings wird der Zehnjährige in den kommenden Wochen etwas kürzer treten müssen. „Die Schule geht vor“, stellt sein Opa Oskar Rodehau klar, wie beim Nachwuchs die Prioritäten gesetzt werden. Der Spitzenzüchter aus Schöneck, dessen schwarze Schildtauben zwischen Flensburg und Berchtesgaden ihresgleichen suchen, ist nicht der Einzige, der in seinen Enkel einen würdigen Nachfolger gefunden hat. Auch Bernd Laupus hat seinen beiden Enkeltochter Nele und Romy die Begeisterung für die Taubenzucht weitervererbt. „Als ich zum ersten Mal den Schlag meines Opas kam und die Tiere sah, war es um mich geschehen“, spricht Nele Laupus von Liebe auf dem ersten Blick. Verwunderlich ist das nicht. Egal ob der Großvater seine Storchartauben oder Süddeutschen Mönche präsentiert, überall in Deutschland erhält auch er für sie absolute Bewunderung.

Gedächtnisbänder gewannen: Roland Marr / Steinbach/Hallenberg (Thüringer Barthühner schwarz), Tim Rodehau / Schöneck (Silberschuppen schwarz), Zuchtgemeinschaft Michael Faust und Matthias Hauck / Neu Anspach (Thüringer Weißschwänze gelb), Willi Schmidt / Schöneck (Thüringer Flügeltauben glattköpfig, blau ohne Binden), Herbert Weiser / Büdingen/Orleshausen (Thüringer Schildtauben schwarz), Uwe Rosenbecker/Reichelsheim (Thüringer Brüster gelb).

Mit der Landesverbandsprämie geehrt wurden: Norbert Petsch / Schöneck (Laufenten braun), Zuchtgemeinschaft Andreas und Karolin Huhn / Schöneck (Zwerg-Cochin schwarz), Wilfried Ulrich / Schöneck (Thüringer Einfarbige blaugrundfarbig), Willi Becker / Maintal (Thüringer Weißlätze blau mit schwarzen Binden).

Mit der Höchstnote „vorzüglich“ bewertet wurden: Roland Marr / Steinbach/Hallenberg (Thüringer Barthühner schwarz), Zuchtgemeinschaft Amdreas und Karolin Huhn / Schöneck (Zwerg-Cochin schwarz), Roland Marr / Steinbach/Hallenberg (ZwergWelsumer rost-rebhuhnfarbig), Tim Rodehau / Schöneck (Silberschuppen schwarz), Wilfried Ulrich / Schöneck (Thüringer Einfarbige blaugrundfarbig), Zuchtgemeinschaft Michael Faust und Matthias Hauck / Neu Anspach (Thüringer Weißschwänze gelb), Volker Philippi / Schöneck (Thüringer Weißschwänze blau ohne Binden), Willi Becker / Maintal (Thüringer Weißlätze blau mit schwarzen Binden), Willi Schmidt / Schöneck (zweimal Thüringer Flügeltauben glattköpfig, blau ohne Binden), Bernd Laupus / Karben (Thüringer Storchtauben rot), Oskar Rodehau / Schöneck (Thüringer Schildtauben schwarz), Herbert Weiser / Büdingen/Orleshausen (Thüringer Schildtauben schwarz), Willi Schmidt / Schöneck (Thüringer Schnippen schwarz), Uwe Rosenbecker / Reichelsheim (Thüringer Brüster gelb) sowie Volker Philippi / Schöneck (Sächsische Flügeltauben kappig blau mit weißen Binden). upn

Ausschnitt aus **Hanauer Anzeiger** vom **19.11.2022**

# Brummender Trafo wird ausgetauscht

Anwohner müssen sich trotzdem weiter in Geduld üben / Lieferzeit beträgt mehr als zwei Jahre

**Schöneck/Karben** – Lange schien sich im Hinblick auf den penetranten Brummtton vom Gelände des Umspannwerks Karben zwischen Rendel und Büdesheim nichts zu bewegen. Doch der Anschein trügt, der Protest der Anwohner hat Wirkung gezeigt, und das Unternehmen Tennet will schon bald für Abhilfe sorgen.

Ein Brummtton, der mal anschwillt und dann auch wieder leiser wird, hat vor allem im Schönecker Ortsteil Oberdorfelden, aber auch in Niederdorfelden und Rendel in den vergangenen Monaten für Aufregung und Ärger in der Bevölkerung gesorgt (unsere Zeitung berichtete). Deshalb hatte sich zuerst der Ortsbeirat Oberdorfelden der Angelegenheit angenommen und die Sache mit dem Brummtton in die Öffentlichkeit getragen. Um unbeteiligte Außenstehende von dem störenden Geräusch zu überzeugen, wurden im vergangenen Jahr sogar Treffen vor den Toren des Umspannwerkes, das in Karbener Gemarkung liegt, veranstaltet. Zu den Ortsterminen kamen mehrere Dutzend Bürger. Sie alle konnten sich dann auch von der Existenz des Brummtones überzeugen.

Auch der CDU-Landtagsabgeordnete Max Schad und die drei Bürgermeister von Schöneck, Niederdorfelden und Karben, Conny Rück (SPD), Klaus Büttner (SPD) und Guido Rahn (CDU) schalteten sich ein. Zusammen erreichten Politik und die Bürgerschaft schließlich, dass das Unternehmen Tennet einlenkte und Abhilfe versprach. Der niederländische Stromversorger tat sich so schwer mit der Zusage, weil der Brummtton nicht dauerhaft zu hören ist und dann die erlaubten 35 Dezibel nachts auch nicht überschritten werden. Deshalb hätten die routinemäßigen Überprüfungen des Regierungspräsidiums Darmstadt zwischenzeitlich auch zu keinen Beanstandungen geführt.

Doch der Druck aus der Bevölkerung und der Politik war schließlich zu stark. Deshalb das Einlenken. Allerdings sollten die Arbeiten nicht sofort beginnen, sondern im Zuge einer Vergrößerung der Anlage ab 2023 geschehen. Diesen Termin bestätigte der Sprecher des Unternehmens, Markus Lieberknecht, in diesen Tagen auch noch einmal gegenüber unserer Zeitung. Er bestätigte auch, dass der Landtagsabgeordnete Schad in den vergangenen Monaten immer wieder bei Tennet angerufen und sich nach dem Stand der Dinge erkundigt habe.

Bei einem Treffen von Schad, der Schönecker Bürgermeisterin Rück und ihrem Karbener Amtskollegen Rahn sowie Vertretern des Stromlieferanten Tennet habe das Unternehmen mitgeteilt, dass Tennet nun sehr bald eine umfangreiche Erweiterung der Anlage mit drei weiteren Transformatoren plane. Insgesamt soll das Umspannwerk dann vier Transformatoren erhalten, und zwar alle versehen mit gesonderten Schallschutzeinhausungen. „Dies ist vielerorts nicht üblich und deshalb ausdrücklich zu begrüßen“, betont Schad. Im Zuge des Ausbaus soll dann auch der bestehende und brummende Transformator durch ein neues, modernes Gerät ausgetauscht werden. Die Budgetfreigabe innerhalb der Firma Tennet sei bereits erfolgt und auch die Bestellung sei schon beim Hersteller aufgegeben worden. In Anbetracht der aktuellen Situation sei nach Auskunft von Tennet allerdings mit einer Lieferzeit von mindestens zwei Jahren zu rechnen. Die ingenieurtechnischen Planungen seien beauftragt worden und die Unterlagen für die erforderliche Genehmigung würden vorbereitet. Weitere Schritte wie die gesetzlich notwendige EU-weite Ausschreibung der Arbeiten sollen folgen.

Auf die Frage, wann mit dem Austausch zu rechnen ist, will sich Tennet derzeit jedoch noch nicht festlegen. Zum einen, weil das Lieferdatum für die Trafos noch nicht bekannt ist und zum anderen weil die Gesamtmaßnahme einem aufwendigen Genehmigungsverfahren unterliegt. „Die Bauarbeiten für den Umbau werden aber auf jeden Fall im kommenden Jahr starten, versicherte Lieberknecht.

Angesprochen auf die derzeitigen Baumaßnahmen direkt neben dem Karbener Umspannwerk, klärte der Unternehmenssprecher auf, dass es sich dabei um Arbeiten eines anderen Unternehmens handelt, das für die Weiterleitung von 110 KV zuständig sei. „Tennet sorgt praktisch als Autobahn für den Transport von 380 KV bis Karben und die Firma Avacon Netz GmbH ist danach zuständig für den Weitertransport von dann nur noch 110 KV auf der Strom-Landstraße bis ins Rhein-Main-Gebiet“, erklärt Lieberknecht die unterschiedlichen Zuständigkeitsbereiche. Schad aber will weiter Druck machen. Gemeinsam mit Bürgermeisterin Rück will er weiter darauf drängen, dass bei der Installation der Transformatoren der Austausch des alten Trafos und Störenfrieds mit hoher Priorität verfolgt und im Zuge der Gesamtmaßnahme in der Zeitachse so früh wie möglich angegangen wird.

Die Bestellung und der angekündigte Austausch des bestehenden Transformators sei „endlich ein greifbarer Ansatz“, bewertet Schönecks Bürgermeisterin Rück das Gespräch mit der Firma Tennet. „Die Perspektive ist da, auch wenn die lange Wartezeit natürlich nicht befriedigend ist. Ich hätte mir eine schnellere Lösung für die Anwohner in Oberdorfelden gewünscht, die am meisten von dem Brummton belastet sind“, so Rück im Gespräch mit unserer Zeitung. Die Problematik mit langen Lieferzeiten sei derzeit jedoch allgegenwärtig. Sie kenne auch Beispiele aus dem Rathaus, so warte man schon lange auf nachbestellte Ortsschilder, und halte die Aussage von Tennet daher für plausibel.



## **Auf der Suche nach Martin Luther**

Schöneck – Ab sofort und bis zum 21. Dezember ist nach Anmeldung per E-Mail an [eli.stueve@t-online.de](mailto:eli.stueve@t-online.de) der Escape Room im Gemeindehaus Gartenstraße in Oberdorfelden für Familien mit Kindern ab 13 Jahren sowie alle, die Freude am Rätseln haben, in der Regel von Montag bis Sonntag, wieder geöffnet. Zur Geschichte: Wir schreiben das Jahr 1521. Martin Luther ist vielen mächtigen Menschen der Kirche ein Dorn im Auge. Er muss innerhalb von 60 Minuten gefunden werden, um ihn in die Obhut des Kurfürsten Friedrich dem Weisen zu übergeben. Der Reformator muss vor seinen Feinden gerettet werden,

Der Escape Room ist ein Angebot der evangelischen Kirchengemeinde Kilianstädten/Oberdorfelden und wurde entwickelt sowie gestaltet von deren Kinder- und Jugendabteilung. Der Eintritt ist frei, eine Spende ist erwünscht. fmi

## **Martinsfest in Büdesheim**

Bunte Laternen und glückliche Kinderaugen strahlten beim St. Martinsfest der Schönecker Kita Löwenzahn um die Wette. Bevor der gemeinsame Umzug losging, führten die Kinder der Kita Löwenzahn eine kleine Aufführung vor und sangen gemeinsam Martinslieder. Gemeinsam liefen die Kinder, Eltern und Erzieherinnen durch die Straßen Büdesheims. Der krönende Abschluss des St. Martinsfestes war das riesige herzerwärmende Martinsfeuer auf dem Gelände der Kita Löwenzahn.

UPNFOTO: PM

## Schöneck reduziert Beleuchtung

**Schöneck** – Wie Bürgermeisterin Cornelia Rück (SPD) mitteilt, wird Schöneck künftig rund 21 000 Kilogramm CO<sub>2</sub>-Emissionen pro Jahr einsparen. Möglich wird diese Reduktion durch eine Änderung der Beleuchtungsstärke bei der öffentlichen Straßenbeleuchtung.

Bereits im Jahr 2018 wurde diese von der damals bereits energiesparenden Natriumdampf-technologie auf LED-Technik umgerüstet (wir berichteten). Hierdurch konnte der vorherige Energieverbrauch bereits um 300 000 Kilowattstunden reduziert werden, das entsprach 75 Prozent des vorherigen Verbrauches.

Nach Angaben der Bürgermeisterin soll eine weitere Einsparung des Stromverbrauches bei der Straßenbeleuchtung durch Reduzierung der Leistung um 50 Prozent erreicht werden. Durch diese Maßnahme wird ein geringerer Stromverbrauch von zirka 50 000 KW/h pro Jahr prognostiziert, demzufolge werden etwa weitere 21 000 kg CO<sub>2</sub> jährlich eingespart.

Erfahrungen aus anderen Kommunen zeigten, dass die Reduzierung der Beleuchtungsleistung kaum wahrgenommen wird. Schöneck leiste mit den beschriebenen Maßnahmen einen wesentlichen Beitrag zur Energieeinsparung und möchte damit auch zur Sicherheit aller Bürger von Schöneck auf das völlige Abschalten der Straßenbeleuchtung verzichten.

Damit ist die Verkehrssicherungspflicht der Gemeinde weiterhin gewährleistet. Die gemeindeeigenen Liegenschaften wurden aufgrund der gesetzlichen Vorgaben zum Energiesparen, wo es möglich ist, in den Energiesparmodus gestellt. Dies betrifft auch die Fassadenbeleuchtung der Gebäude.

In den herausfordernden Zeiten soll jedoch auf die Weihnachtsbeleuchtung nicht gänzlich verzichtet werden. Die Beleuchtungen in den drei Ortsdurchfahrten und die der Weihnachtsbäume werden lediglich reduziert, heißt es abschließend in der Pressemitteilung aus dem Schönecker Rathaus. fmi



### **Rechenzentrum: Endspurt für die Einwendungen**

Schöneck – Die Bürger können ihre Einwendungen gegen die geplante Art und Weise des Baus des Rechenzentrums in Kilianstädten nur noch bis zum 24. November bei der Gemeinde abgeben. Das Bündnis lebenswertes Schöneck, das den Bürgern durch vorbereitete Einwendungsformulare dabei Hilfestellung gegeben hat, erinnert alle Bürger, die sich gegen den geplanten Bau des Rechenzentrums aussprechen möchten und dies bisher noch nicht getan haben, die Frist nicht zu vergessen.

Das Bündnis hat von zahlreichen Bürgern Einwendungen erhalten, die laut Mitteilung am morgigen Donnerstag persönlich bei der Gemeinde abgegeben werden. Gleichzeitig liefen die Vorbereitungen für das geplante Mediationsverfahren weiter. fmi

## Brennholzkauf im Kommunalwald

Gemeinde informiert über Optionen

Schöneck – Aufgrund der vielen Anfragen nach Brennholz, informiert die Verwaltung in Schöneck per Mitteilung über den Brennholzkauf aus dem Kommunalwald. Die dreijährige Trockenperiode 2019, 2020, 2021 habe deutschlandweit zu einem großflächigen Absterben der Wälder geführt. Bestände mit überwiegend gesunden Bäumen seien selten geworden, der Holzeinschlag in solchen Beständen ist gestoppt oder erfolgt nur sehr zurückhaltend.

Die nachhaltige Forstwirtschaft sieht vor, niemals mehr Holz zu ernten als nachwächst. Insofern muss in den durch die Trockenheit geschädigten Wäldern teilweise einige Jahre oder gar Jahrzehnte abgewartet werden, bis ein regulärer Holzeinschlag wieder angebracht ist. Gleichzeitig suchen viele Menschen nach Möglichkeiten, auf die gestiegenen Energiekosten zu reagieren. Viele Haushalte reaktivierten einen lange Zeit nicht genutzten Ofen oder kauften sich gar erstmals einen solchen.

Die Holzeinschlagsmenge kann nicht parallel dazu erhöht werden, da der Erhalt der Wälder das wichtigste Kriterium ist. Es gibt jedoch große Anstrengungen, alle ökologisch vertretbaren Holzmen gen bereitzustellen. Der größte Anteil der nicht für die stoffliche Verwertung geeigneten Qualitäten ist als Brennholz vorgesehen.

Die Betreuung des Kommunalwaldes wird nach wie vor durch Hessen-Forst durchgeführt. Der Holzverkauf aus dem Kommunalwald erfolgt jedoch ausschließlich über

das Holzkontor Darmstadt-Dieburg-Offenbach.

Im Brennholz-Shop des Holzkontors können für den privaten Eigenbedarf online Rundholz oder Kronenholz bis zu einer Maximalmenge von derzeit zehn Festmetern je Haushalt und Kalenderjahr erworben werden. Ein telefonischer oder schriftlicher Kauf von Brennholz ist nicht möglich. Zudem können Holzmen gen nicht vorab reserviert oder bestellt werden.

Das Kronenholz ist im Brennholz-Shop an der Bezeichnung „Schlagabr.“ (Schlagabraum) erkennbar. Der Schlagabraum ersetzt die nicht mehr existierenden Lesescheine. Die Aufarbeitung des Brennholzes darf im Wald im Zeitraum 1.10. bis 31.3. erfolgen. Notwendig hierfür ist ein Motorsägenschein und die persönliche Schutzausrüstung (Schnittschutzhose, Schnittschutstiefel, Helm mit Gehör- und Gesichtsschutz, Handschuhe). Der Brennholz-Bestand wird während der Einschlags-saison regelmäßig im Brennholz-Shop aktualisiert. Sobald Holz verkaufsfertig ist, wird es online erwerbbar sein. Da die Nachfrage das Angebot derzeit weit übersteigt, bittet die Verwaltung nur die Menge zu kaufen, welche tatsächlich benötigt wird.

Wer neu in die Brennholznutzung einsteigt, sollte wissen, dass das erworbene Holz nicht sofort genutzt werden kann, sondern längere Zeit trocknen muss und daher erst in Folgejahren hilft. fmi

**Infos im Internet**  
[holzkontor-dadiof.org](http://holzkontor-dadiof.org)

# Ausschnitt aus **Hanauer Anzeiger** vom **24.11.2022**

## Kritik an Gutachten zur Trinkwasserversorgung

**RECHENZENTRUM** Geologe Guido Vero sieht geplante Gewerbeflächen im Einzugsbereich des Wasserschutzgebietes

**Schöneck** – Am heutigen Donnerstag endet das Offenlegungsverfahren für den Bebauungsplan der Gemeinde Schöneck zur Erweiterung des Gewerbegebietes Kilianstädten Nord II. Dort ist der Bau des viel diskutierten Rechenzentrums geplant (wir berichteten). In den Antragsunterlagen gibt es auch ein Gutachten zum Thema Grundwasser und Trinkwasserversorgung von Kilianstädten. Denn das geplante Gewerbegebiet liegt im Wasserschutzgebiet des Brunnens Hellerborn. Dieser Brunnen ist 2021 aufgrund der wiederholten Trockenperioden der vergangenen Jahre reaktiviert worden, um die Trinkwasserversorgung in Kilianstädten sicherzustellen (wir berichteten).

Dem Thema Grundwasser hat sich der Geologe Guido Vero angenommen, der selbst in Kilianstädten wohnt und sich mit den Grundwasserverhältnissen im Raum Schöneck beschäftigt. Er sieht das Gutachten des Bebauungsplans zum Grundwasser im Hinblick auf die Versorgungssicherheit Kilianstädten kritisch: „Aus fachlicher Sicht ist dieses Gutachten schlecht recherchiert und fachlich fehlerhaft“, so der Geologe in einer Mitteilung des Bündnisses lebenswertes Schöneck.

In dem Gutachten werde einleitend erklärt, dass von Seiten des Kreisausschusses des Main-Kinzig-Kreises „Bedenken bestehen“, dass die geplante Versiegelung der Fläche des neuen Gewerbegebietes zu einer „erheblichen nachhaltigen Beeinträchtigung der Grundwasserneubildung“ führen wird. Weiter heißt es: „Vor diesem Hintergrund wurde das Fachbüro gebeten, eine Sichtung der kurzfristig verfügbaren Unterlagen sowie der Einschätzung der Verhältnisse vor Ort vorzunehmen und eine erste Stellungnahme zu erarbeiten“.

Aus langjähriger Erfahrung wisse Vero, dass bei der Planung vieler Gewerbegebiete das Thema Grundwasser oft zu kurz komme, so die Mitteilung des Bündnisses. Um sicherzustellen, dass das Gewerbegebiet genehmigt werden kann, versuche die Gemeinde durch ein weiteres Gutachten zu widerlegen, dass das geplante Rechenzentrum im Wasserschutzgebiet des Brunnens Hellerborn liegt. Anhand mehrerer Bohrungen auf der Fläche des künftigen Rechenzentrums sei nun in einer Tiefe von zirka drei bis fünf Metern eine dichte Lehmschicht nachgewiesen worden, die kein Regenwasser in tiefere Schichten sickern lasse, erklärte ein Vertreter des Gutachterbüros auf der Informationsveranstaltung der Gemeinde Schöneck. Daher seien die von der künftigen Versiegelung betroffenen Flächen ohne Relevanz für das Wasserschutzgebiet und könnten ausgeschlossen werden. Außerdem sei ein Versickerungsbecken für anfallende Niederschläge geplant.

Dies sei nur Augenwischerei, entgegnet Vero. Denn in der Versickerungsfläche lande nur Niederschlagswasser, das bei Starkregenereignissen nicht rechtzeitig in die Kanalisation eingeleitet werden könne. Der Rest werde über die Kanalisation in die Kläranlage nach Niederdorfelden geleitet und gehe damit für die Grundwasserneubildung des Brunnens verloren.

Dass sich im Untergrund eine dichte Lehmschicht befinde, sei schon richtig, bestätigt Vero. Eines hätten die Experten aber übersehen: „Das Gebiet ist während und nach der letzten Eiszeit oberhalb der erbohrten drei bis fünf Meter durch Wind, Flüsse und Bäche überprägt worden.“ Es hätten sich Rinnen gebildet, in denen sich feine Sande ablagerten, bevor der wertvolle Löss sie überdeckte und der heutige Ackerboden entstand, so Vero. Und genau das sei das Problem. Diese grundwassergefüllten Rinnen durchzögen die für den Bau des Rechenzentrums geplanten Flächen und schlängelten sich talwärts in Richtung des Brunnens Hellerborn, wie in Satellitenbildern zu erkennen sei, erklärt der Geologe.

Da diese Rinnen durch Bohrungen schwer zu erfassen seien, würden die im Rahmen des durch die Gemeinde beauftragten Gutachtens durchgeführten Bohrungen eine Scheinrealität wiedergeben, die keine Rückschlüsse darauf zulasse, ob das geplante Rechenzentrum aus dem Wasserschutzgebiet und damit aus dem Wassereinzugsgebiet des Brunnens Hellerborn ausgeschlossen werden könne.

Zudem seien in Kilianstädten geologische Bruchzonen im Gestein zu finden, in denen das Wasser dieser Rinnen versickern könne. „Um den gesicherten Nachweis zu führen, müsste man die Anzahl der Bohrungen auf der Fläche des künftigen Rechenzentrums deutlich erhöhen, besser wäre ein Schurf über die gesamte Fläche. Das wäre aber nicht wirtschaftlich umsetzbar“, so Vero.

Außerdem rät er zu Grundwassermarkierungsversuchen, die Rückschlüsse auf den Anteil des Gewerbegebietes an der Grundwasserneubildung des Brunnens zulassen. Berücksichtige man die Tatsache, dass immer mehr Niederschläge stark lokal begrenzt niedergehen, sei jeder Quadratmeter eines Wassereinzugsgebietes wichtig.

Ob nun Gewerbegebiet mit oder ohne Rechenzentrum – der Geologe sieht den gesamten Bebauungsplan kritisch, weil das Thema Grundwasser nur mangelhaft untersucht sei. Vero schlägt deshalb vor, den künftigen Betreiber des Rechenzentrums zum Bau eines neuen Brunnens für die Sicherung der Wasserversorgung Kilianstädten zu verpflichten oder zumindest zu motivieren. fmi



# Kein „Vorteil“ für die Tennishalle

## Main-Kinzig-Kreis lehnt Immobilie als Notunterkunft für Flüchtlinge ab

Schöneck – Heute ist in unserer Zeitung zu lesen, dass der Main-Kinzig-Kreis seine Kapazitäten zur Unterbringung von Geflüchteten und Asylsuchenden weiter ausbaut. Denn der Strom an Menschen, die in Deutschland Schutz suchen, nimmt nicht ab. Bis auf weiteres bleibt unter anderem auch die Mehrzweckhalle in Mittelbuchen als Notunterkunft erhalten – zum Bedauern der Vereine. Im benachbarten Kilianstädten steht eine große Halle frei. Könnte sie nicht genutzt werden, fragen sich viele Bürger. Der Kreis hat die Immobilie als ungeeignet abgelehnt. Zur Enttäuschung von Besitzerin Anette Mistecky.

„Die Immobilie habe ich 2013 gekauft“, berichtet die Hanauerin. Miterworben hat sie vom Erbauer des Gebäudes, einem Mitglied des angrenzenden Tennisclubs Schöneck, aber auch eine „Grunddienstbarkeit“ für den Tennisclub Schöneck. Dieser juristische Begriff besagt, dass ein Eigentümer anderen Nutzern Rechte einräumen muss. So gibt es auf der Halle seit 42 Jahren eine Auflage, dass das Gebäude ausschließlich für den Tennissport genutzt werden darf, dort keine Gastronomie sowie Ausschank betrieben werden darf und die Halle dem Tennisclub Schöneck für 100 Stunden im Jahr als Förderung der Jugendarbeit kostenlos zur Verfügung gestellt werden muss. Ebenfalls hat der Club das Erstbuchungsrecht.

Bereits nach zwei Jahren merkt Anette Mistecky, dass die Halle auf diese Weise nicht wirtschaftlich betrieben werden kann. Mit dem Tennisclub erzielt sie jedoch keine Einigung – dieser besteht auf seinem Recht. Um Geld zu verdienen, eröffnet Mistecky Am Kühwald zwischenzeitlich eine Soccerhalle.

Im Dezember 2021 verliert Mistecky eine langjährige gerichtliche Auseinandersetzung mit dem Club vor dem Landgericht Hanau. Seitdem kann der Club die Halle nutzen, was jedoch nicht erfolgt, die Halle steht leer, da keine Buchungen stattfinden, auch nicht von Seiten des Tennisclubs. Auf Nachfrage unserer Zeitung erklärt Sven Stützel, stellvertretender Vorsitzender des TC Schöneck, dass man natürlich Interesse habe, die benachbarte Halle zu nutzen, schon aus praktischen Gründen. „Dass bis jetzt kaum gebucht wurde, liegt daran, dass sich die Mitglieder und Trainer sehr früh-

### So ist die Situation in Schöneck

Schönecks Bürgermeisterin Conny Rück (SPD) äußert sich gegenüber unserer Zeitung zur Situation in ihrer Gemeinde. „Von Seiten der Gemeinde Schöneck besteht grundsätzlich Interesse an Flüchtlingswohnungen beziehungsweise Unterkünften. Deswegen haben wir auch erneut wieder in der Presse bekannt gegeben, dass wir Wohnungen für die Menschen, die zu uns kommen, suchen und dringend brauchen“, erläutert die Rathauschefin. „Bisher haben wir mit angemieteten Wohnungen verteilt in den drei Ortsteilen gute Er-

zeitig um Termine in anderen Hallen bemühen müssen, um im Winter dort spielen zu können. Sie hatten sich also bereits festgelegt, bevor sie die Buchungsmöglichkeit in Schöneck hatten.“

### Platz für bis zu 300 Personen

Anette Mistecky macht keinen Hehl daraus, dass sie nach einer neuen Möglichkeit sucht, die Halle, auch in Abstimmung mit dem Tennisclub, wirtschaftlich zu betreiben. „Man hört ja überall, dass händeringend Unterkünfte gesucht werden.“ Sie nimmt Kontakt mit dem Main-Kinzig-Kreis auf. „Ich

habe alles ausgemessen und visuell dargestellt, damit sich die Fachleute bei dem Termin ein gutes Bild machen können“, berichtet sie. Bis zu 300 Personen könnten in der Halle in zwölf Quadratmeter großen „Kabinen“ untergebracht werden. „Darin hätten zwei Stockbetten und zwei Kleiderschränke Platz“, sagt sie. Die Halle liegt im Grünen, es gibt keine direkten Anwohner, die sich gestört fühlen könnten. Bis zum nächsten Kindergarten und dem öffentlichen Spielplatz an der Waldstraße sind es nur ein paar Minuten zu Fuß. Zudem gehört ein großes eingezäuntes Außengelände zur Anlage – insgesamt mehr als 4000 Quadratmeter groß.

fahrungen gemacht, weil die Integration und Betreuung hier besser gegeben sind. Deshalb ist es uns wichtig, dass der Standort der Immobilie nicht zu abgelegen ist und vor allem auch die Wohnung oder Unterkunft für die Menschen geeignet ist. Hier spielt natürlich der Kostenfaktor eine wesentliche Rolle. Das heißt, Mietpreis und Energiekosten müssen im Einklang stehen.“ Ob es wieder zu einer Belegung der Nidderhalle kommt, sei derzeit nicht absehbar, jedoch bei akutem Bedarf nicht gänzlich ausgeschlossen, so Rück. fmi

Dort könnten Toiletten- und Duschwägen aufgestellt werden. „Es wären auch zehn Parkplätze vorhanden“, zählt Mistecky einen weiteren Grund auf, der ihrer Meinung nach für die Immobilie spricht.

Doch der Kreis lehnt ab. „Nach nur einigen Tagen habe ich eine Absage bekommen – ohne Begründung“, sagt sie enttäuscht und vermutet, dass ihre gerichtliche Auseinandersetzung mit dem Tennisclub dabei eine Rolle spielen könnte.

Auf Nachfrage unserer Zeitung antwortet die Kreispressestelle: „Der Main-Kinzig-Kreis hat das Angebot in Schöneck genau auf seine Eignung als mögliche Unter-

kunft für Geflüchtete geprüft. Fachleute des Kreises haben sich vor Ort ein Bild von der Liegenschaft gemacht und es einhellig als für diesen Zweck ungeeignet eingestuft, sowohl als Gemeinschaftseinrichtung für dauerhaftes Wohnen als auch als Notunterkunft, was eine gewisse Infrastruktur im und um das Gebäude sowie eine gute Anbindung voraussetzt.“ Das kann Anette Mistecky nicht verstehen. „Kilianstädten verfügt über ausgezeichnete Einkaufsmöglichkeiten. Es gibt ein Ärztehaus und einen Bahnhof mit direkter Anbindung nach Frankfurt“, betont sie.

Auf Nachfrage, führt die Kreispressestelle weiter aus: „Eine wohnortnahe medizinische Versorgung ist hilfreich, aber nicht ausschlaggebend. Zur Infrastruktur für eine Unterbringung von Menschen gehört hingegen ganz wesentlich ein Mindeststandard, der baulich erfüllt sein muss, sowohl für die Unterbringungsstätte als auch beim umgebenden Gelände.“ Vor dem herannahenden Winter seien zudem energetische Gesichtspunkte schwerer zu gewichten, ebenso Wirtschaftlichkeitsaspekte bei der Ertüchtigung der Lie-

genschaft beziehungsweise der Kompensation von energetischen Schwachstellen. Diese Argumente kann Mistecky ebenfalls nicht nachvollziehen. „Ich glaube nicht, dass die Voraussetzungen beispielsweise in der Nidderhalle besser wären“, sagt sie. Sie sagt aber auch, dass alles vom Tennisclub Schöneck abhängig gewesen wäre. Aufgrund der Grunddienstbarkeit kann nur der Club seine Zustimmung zu einer Nutzungsänderung der Halle geben. Sie war aber zuversichtlich, dass es einen Weg gegeben hätte, sich mit dem Club zu einigen.

### Tennisclub wäre einverstanden

Sven Stützel vom TC Schöneck bestätigt gegenüber unserer Zeitung, dass sein Verein der Unterbringung von Flüchtlingen in der Tennishalle nicht im Wege gestanden hätte. „Das ist eine wichtige Aufgabe, die wir unterstützen würden“, sagt er und hofft nun, „dass wir mit der Besitzerin gemeinsam eine Lösung finden, wie die Halle in Zukunft auch wirtschaftlich betrieben werden kann“, so Stützel.

Ausschnitt aus **Hanauer Anzeiger** vom **26.11.2022**

# Mehr Geld für Erzieher in Schöneck?

Gemeindevertreter wollen Vorschlag der CDU-Fraktion im Ausschuss weiterdiskutieren

**Schöneck** – Aktuell kann rund 40 Schönecker Kindern kein Kindergartenplatz angeboten werden – Tendenz steigend. Hauptgrund dafür ist der Fachkräftemangel auf dem Stellenmarkt. Die Schönecker CDU-Fraktion hat deshalb bei der Gemeindevertreterversammlung am Donnerstagabend vorgeschlagen, die Gehälter der Kita-Fachkräfte in Schöneck zu erhöhen und an die Gehälter anzupassen, die für Kita-Fachkräfte in den umliegenden Städten und Gemeinden wie Maintal und Bad Vilbel gezahlt werden. Die CDU dringt auf eine schnelle Entscheidung. Doch bei der Mehrheit der Gemeindevertreter besteht noch Diskussionsbedarf – vor allem über die Finanzierung.

„Das Angebot der Kindergartenplätze in allen Schönecker Ortsteilen scheint auf den ersten Blick gut und ausreichend zu sein. Trotzdem kann die Gemeinde aktuell rund 40 Schönecker Kindern keinen Kindergartenplatz anbieten“, erklärt Kristina Jung (CDU). Aufgrund des Fachkräftemangels stünden nur 400 Kindergartenplätze in Schöneck zur Verfügung, obwohl bei voller Auslastung bis zu 460 Plätze angeboten werden könnten. In den vergangenen Monaten hätten aufgrund von Ausfällen – auch Kündigungen seien dabei gewesen – Gruppen geschlossen werden müssen. „Um diese Gruppen wieder eröffnen zu können, braucht die Gemeinde jedoch das entsprechende Fachpersonal. Nur werden wir dem ganzen nicht mehr Herr werden, wenn der Gehaltsmarkt der umliegenden Städte und Gemeinden besser dasteht, als der der Gemeinde Schöneck. Es geht aber nicht nur um die Gewinnung neuer Fachkräfte, sondern auch darum, das Abwandern weiterer Fachkräfte zu verhindern und eine zusätzliche Verschärfung der Situation zu vermeiden“, begründet Jung den Vorschlag. Man habe bei dem Antrag bewusst offengelassen, ob die Vergütung durch eine höhere Tarifgruppe (8b statt 8a) steigt, oder etwa eine Arbeitsmarktzulage gezahlt wird. So habe der Gemeindevorstand einen größeren Handlungsspielraum bei der Umsetzung.

Peter Zittier (Grüne) gibt zu bedenken, dass die Gemeinde die Erhöhung der Vergütung auch finanziell stemmen müsse. Die höhere Vergütung der Kita-Fachkräfte würde den Haushalt der Gemeinde künftig mit zusätzlich rund 300 000 Euro belasten. Zudem stünden im neuen Jahr Tarifierhöhungen an. „Es gibt doch auch weiche Faktoren, die man anbieten kann, wie zum Beispiel viele Fortbildungsmöglichkeiten oder ein Jobticket“, sagt er. Er schlägt vor, den CDU-Antrag zunächst im Haupt- und Finanzausschuss weiter zu diskutieren. Diesen Vorschlag favorisiert auch die SPD-Fraktion. „Wir sollten in Ruhe die Fakten prüfen. Trotz des Wissens um die Wichtigkeit des Themas müssen wir die Finanzen unserer Gemeinde im Blick behalten“, betont Olaf Schumann (SPD).

CDU-Fraktionsvorsitzende Carina Wacker versucht noch einmal, das Parlament zu überzeugen, eine Entscheidung ohne Umweg über den Ausschuss zu treffen. „Die Sicherstellung der Betreuung von Kindergartenkindern ist eine Pflichtaufgabe unserer Gemeinde. Bei knappen Kassen muss dann eben anderswo gespart werden – zugunsten der Kinder und deren Familien“, betont sie. Vergeblich, die Mehrheit der Gemeindevertretung stimmt für die Überweisung an den Ausschuss.

Bürgermeisterin Conny Rück (SPD) betont im Nachgang, dass sie dies für vernünftig hält. „Wir dürfen nicht vergessen: Umgerechnet würden 300 000 Euro bei der Grundsteuer B eine Erhöhung um 70 Punkte bedeuten.“

---

### **Gemeinde Schöneck gedenkt der Kriegstoten**

Auf den drei Friedhöfen der Gemeinde Schöneck findet jedes Jahr das Gedenken an die Opfer und Kriegstoten der beiden Weltkriege statt. Die Veranstaltungen wurden in Zusammenarbeit mit dem VDK Budesheim, der Gemeinde Schöneck und der evangelischen Andreaskirche organisiert. Im Beisein von Soldaten der Bundeswehr wurden

Kränze auf allen Friedhöfen niedergelegt. Bürgermeisterin Cornelia Rück erinnerte in ihren Ansprachen an die Opfer der vergangenen Kriege, aber auch an die Toten, die bislang der Ukraine-Krieg gefordert hat. „Frieden und Freiheit sind auch in unserer heutigen Zeit keine Selbstverständlichkeit mehr“, gab Rück zu bedenken. UPH/FOTO: PM



Ausschnitt aus **Frankfurter Rundschau** vom **29.11.2022**

## **Endspurt eingeläutet**

### **Schöneck - Einwände zu Rechenzentrum**

Die Bürger können ihre Einwendungen gegen die geplante Art und Weise des Baus des Rechenzentrums in Kilianstädten nur noch bis zum 24. November bei der Gemeinde abgeben.

Das Bündnis lebenswertes Schöneck, das den Bürgern durch vorbereitete Einwendungsformulare dabei Hilfestellung gegeben hat, erinnert alle Bürger, die sich gegen den geplanten Bau des Rechenzentrums aussprechen möchten und dies bisher noch nicht getan haben, die Frist nicht zu vergessen.

Das Bündnis hat von zahlreichen Bürgern Einwendungen erhalten, die laut Mitteilung am morgigen Donnerstag persönlich bei der Gemeinde abgegeben werden. Gleichzeitig liefen die Vorbereitungen für das geplante Mediationsverfahren weiter. fmi

Ausschnitt aus **Hanauer Anzeiger** vom **29.11.2022**

# Nachhaltige Nutzung ist angesagt

**Förster Marco Richter informiert bei Rundgang über Zustand des Kilianstädter Walds**

**Schöneck** – Auf breites Interesse in der Bevölkerung stieß dieses Mal die Waldbegehung des Ortsbeirats Kilianstädten. War es die Neugier, wie es um den Schönecker Wald nach den vergangenen drei Trockenjahren steht, oder war es das Interesse an den vielleicht neuen Plänen des neuen Revierförsters Marco Richter? Auf jeden Fall hatten an dem Sonntagvormittag rund 40 Schönecker Bürger, darunter auch Bürgermeisterin Conny Rück (SPD), den Weg zum Rundgang durch den Schönecker Wald gefunden.

Richter hielt sich auch gar nicht lange mit Begrüßungsrede und allgemeinen Erklärungen auf, sondern führte die Gruppe weg von den Wegen mitten in den Wald. Auf einer kleinen Lichtung machte er dann zum ersten Mal Halt und begann seine Ausführung direkt mit der Frage: „Was ist überhaupt Forstwirtschaft?“

Nach einigen Antworten aus der Gruppe, die jeweils nur auf Teilbereiche abzielten, gab Richter schließlich eine Zusammenfassung. Danach hat sich die Forstwirtschaft mittlerweile zu einem hochmodernen Produktions- und Dienstleistungssektor mit vielfältigen Aufgaben und gesellschaftlichen Verpflichtungen entwickelt. So kommt es beispielsweise darauf an, dass der Wald nicht nur als Holzlieferant und damit als Rohstoffquelle angesehen wird, sondern dass er gleichzeitig auch als Grundlage für den Arten-, Boden-, Klima- und Wasserschutz sowie für Freizeit und Erholung der Bevölkerung dienen soll.

Dazu erfordert nach Auskunft Richters die heutige Forstwirtschaft ein ständiges Abwägen zwischen wirtschaftlichen und ökologischen Interessen, um die unterschiedlichen Ansprüche an den Wald von den Waldbesitzern genauso wie von Naturschutzverbänden berücksichtigen zu können. Deshalb gehört zum Ökosystem Wald genauso das Wild, dessen Bestände durch Jagd und Hege reguliert werden, um Wildschäden durch Verbiss junger Bäume vorzubeugen.

In den vergangenen 50 Jahren hat sich die Waldbewirtschaftung vor allem durch den Klimawandel grundlegend verändert. Wurden bis in die 1980er Jahre vor allem Fichtenwälder angepflanzt und für die Holzindustrie auch schnell wieder „geerntet“, so hat der Klimawandel mit seinen immer länger und heißer werdenden Sommern dafür gesorgt, dass mit der Zeit auf Mischwald umgeschwenkt wurde.

Auch die Buche, zurzeit eine der am meisten nachgefragten Baumarten, werde den Klimawandel nicht überstehen. Spätestens in 50 bis 60 Jahren würde sie aufgrund der Trockenheit aus unseren Wäldern verschwinden. Deshalb solle bei Nach- oder Neuanpflanzungen nun mehr Gewicht auf Eichen, Kirschen, Lärchen oder Douglasien gelegt werden.

In letzter Zeit habe sich bei der Bewirtschaftung der Wälder der Naturschutz auch stärker zu Wort gemeldet. Deshalb würden auch immer mehr abgestorbene Bäume stehen gelassen, damit Vögel und Insekten in ihnen ihre Rückzugsorte finden könnten. „Damit Wälder mit der Zeit nicht zu wilden Urwäldern werden, müssen sie gepflegt werden. Schließlich leisten sie neben den Weltmeeren einen wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung unseres Klimas, beispielsweise durch die Speicherung von Milliarden an Tonnen CO<sub>2</sub>“, so Richter.

Deshalb sei ein verantwortungsvoller Umgang durch nachhaltige Nutzung oder den Schutz der Ressource Wald geradezu angesagt. Weil im Wald verrottetes oder auch zu Hause abgebranntes Holz sowie auch das zu Papier verarbeitete Holz CO<sub>2</sub> wieder freisetze, müsse bei der Bewirtschaftung mehr Wert auf Bauholz gelegt werden, denn das gebe das in ihm gespeicherte CO<sub>2</sub> nicht so schnell wieder frei.

Richter machte dann auch deutlich, warum die Nutzung des Waldes erforderlich sei. „Ein Wald kostet den Eigentümer, und das sind meist Kommunen, auch Geld. Und zwar durch Pflege und Neuanpflanzungen. So kostet beispielsweise die Anpflanzung eines Hektars mit 7000 Eichenetzlingen rund 25 000 Euro“, rechnete der neue Revierförster vor. Meist wollten die Kommunen mit dem Wald zwar keinen Gewinn machen, aber Verlust eben auch nicht.

Zum Schluss ging Richter noch auf den Wildbestand im Wald ein und warum die Jagd absolut notwendig sei. „Weil ansonsten der Wald sich nicht mehr selbst erhalten kann, sondern alle neuen Triebe abgebissen werden. Und so lange der Wolf oder der Luchs nicht auch bei uns wieder heimisch sind, müssen die Jäger weiter ihrer Verpflichtung nachgehen und den Wildbestand in Grenzen halten.“

Den Rundgang schloss der neue Förster mit einem großen Lob: „Schöneck hat wirklich einen schönen und gesunden Wald.“

Ausschnitt aus **Hanauer Anzeiger** vom **30.11.2022**

# Mann gedemütigt und mit Handy gefilmt

**AUS DEM GERICHT** Über sieben Jahre Haft für Vergewaltigung, Erpressungen und Raub

**Maintal/Schöneck/Hanau** – Am Ende einer Urteilsverkündung werden Zahlen genannt. Die Paragrafen der Straftaten, die angewendet werden. Landgerichtsvizepräsident Dr. Mirko Schulte nennt an diesem Tag viele Paragrafen, fast scheint es so, als ob es die Hälfte des Strafgesetzbuches ist. Und es sind schwere Taten dabei: Vergewaltigung, Raub, sexuelle Nötigung, räuberische Erpressung, Körperverletzung.

Insgesamt sind es neun Taten, für die der erst 22 Jahre alte Maler- und Lackierer A. aus Schöneck von der 1. Großen Strafkammer am Landgericht Hanau für schuldig befunden und verurteilt wird: Sieben Jahre und zwei Monate muss er ins Gefängnis, weil er zwei Männer massiv bedroht und finanziell ausgebeutet hat. Eines seiner Opfer hat er sogar sexuell gedemütigt.

Einen „ungewöhnlichen Fall“ nennt der Vorsitzende dieses Strafverfahren. Es sei erwiesen, dass der 22-Jährige einen gleichaltrigen, ehemaligen Berufsschulkameraden, sowie einen 25-Jährigen durch die Drohungen mit massiver Gewalt in eine „Schuldenknechtschaft“ gezwungen habe. Es sei eine „parasitäre Ausbeutungsmasche“ gewesen, so Schulte, der sich zusammen mit den weiteren vier Richtern einig ist: „Der Angeklagte muss gestoppt werden.“

Denn innerhalb einer kurzen Zeit im vergangenen Winter und Frühjahr habe die spirale der Drohungen und das „sadistische Quälen“ der Opfer zugenommen. Immer höhere Beträge wurden den Opfern abgepresst bis hin zu einem Schuldschein über die willkürliche Summe von 46 000 Euro.

„Es ist eskaliert“, sagt der Vorsitzende über die ekelhaften Verbrechen und Demütigungen, die vom Angeklagten auch noch auf Handy gefilmt worden sind. Doch die Aufnahmen führen dazu, den 22-Jährigen schließlich zu überführen.

Dabei hilft auch „Kommissar Zufall“, denn die Ausbeutung ist nur ans Licht gekommen, weil das jüngere Opfer schließlich kein Geld mehr besitzt und sich an einen Bekannten wendet. Dieser wittert, was dahinter stecken könnte und alarmiert die Polizei.

Zuvor war es zwischen den Maintaler Stadtteilen Dörnigheim und Bischofsheim bei einem Hinterhalt zu einem Raubüberfall auf den 25-Jährigen gekommen, bei dem der Angeklagte zwei iPhones sowie ein Laptop erbeutet hatte. Doch es steckt noch mehr dahinter, denn der Schönecker hat ganz offensichtlich auch dem organisierten Verbrechen in Frankfurt zugearbeitet.

Denn eine Masche war es, die Opfer zu zwingen, bei Online-Banken Konten zu eröffnen. Die Karte sowie die Zugangsnummern verkaufte A. an Hintermänner, die zur „Bankkarten-Mafia“ in der Mainmetropole zählen. Erschwerend kommt hinzu, dass der junge Schönecker bereits als Jugendlicher auffällig geworden ist, aber offensichtlich nie einen Riegel vorgeschoben bekommen hat.

Die Strafkammer sieht eine drastische Strafe diesmal als unausweichlich und folgt dem sehr ausgewogenen Plädoyer von Staatsanwalt Florian Hübner, der sieben Jahre und zehn Monate Freiheitsstrafe gefordert hatte. Bettina Bauch, die Vertreterin des 22-jährigen Opfers, schließt sich dem Staatsanwalt an. A.s Verteidiger Tobias Schmelz beantragt „unter sieben Jahre Haft“.

„Sie dürfen sich bei Ihrem Verteidiger bedanken“, bemerkt Schulte abschließend, zur Anklagebank gewandt. Denn nur durch ein umfassendes Geständnis von A., die Nennung von mutmaßlichen Komplizen, Reue und Entschuldigungen sowie eine zivilrechtlich vereinbarte Zahlung von 22 000 Euro als Täter-Opfer-Ausgleich sei das Strafmaß noch in diesem Bereich ausgefallen. „Es hätte sonst deutlich zweistellig werden können“, so der Vorsitzende Richter.

Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

# Mehr Geld für Kita-Personal gefordert

**SCHÖNECK** Gemeindevertreter wollen Vorschlag der CDU-Fraktion im Ausschuss weiterdiskutieren

VON MIRJAM FRITZSCHE

Aktuell kann rund 40 Schönecker Kindern kein Kindergartenplatz angeboten werden – Tendenz steigend. Hauptgrund dafür ist der Fachkräftemangel auf dem Stellenmarkt.

Die Schönecker CDU-Fraktion hat deshalb bei der Gemeindevertreterversammlung vorgeschlagen, die Gehälter der Kita-Fachkräfte in Schöneck zu erhöhen und an die Gehälter anzupassen, die für Kita-Fachkräfte in den umliegenden Städten und Gemeinden wie Maintal und Bad Vilbel gezahlt werden. Die CDU dringt auf eine schnelle Entscheidung. Doch bei der Mehrheit der Gemeindevertreter besteht noch Diskussionsbedarf – vor allem über die Finanzierung. „Das Angebot der Kin-

dergartenplätze in allen Schönecker Ortsteilen scheint auf den ersten Blick gut und ausreichend zu sein. Trotzdem kann die Gemeinde aktuell rund 40 Schönecker Kindern keinen Kindergartenplatz anbieten“, erklärt Kristina Jung (CDU). Aufgrund des Fachkräftemangels stünden nur 400 Kindergartenplätze in Schöneck zur Verfügung, obwohl bei voller Auslastung bis zu 460 Plätze angeboten werden könnten.

In den vergangenen Monaten hätten aufgrund von Ausfällen – auch Kündigungen seien dabei gewesen – Gruppen geschlossen werden müssen. „Um diese Gruppen wieder eröffnen zu können, braucht die Gemeinde jedoch das entsprechende Fachpersonal. Nur werden wir dem ganzen nicht mehr Herr werden, wenn der Ge-

haltsmarkt der umliegenden Städte und Gemeinden besser dasteht, als der der Gemeinde Schöneck. Es geht aber nicht nur um die Gewinnung neuer Fachkräfte, sondern auch darum, das Abwandern weiterer Fachkräfte zu verhindern und eine zusätzliche Verschärfung der Situation zu vermeiden“, begründet Jung den Vorschlag.

Man habe bei dem Antrag bewusst offengelassen, ob die Vergütung durch eine höhere Tarifgruppe (8b statt 8a) steigt, oder etwa eine Arbeitsmarktzulage gezahlt wird. So habe der Gemeindevorstand einen größeren Handlungsspielraum bei der Umsetzung.

Peter Zittier (Grüne) gibt zu bedenken, dass die Gemeinde die Erhöhung der Vergütung auch fi-

nanziell stemmen müsse. Die höhere Vergütung der Kita-Fachkräfte würde den Haushalt der Gemeinde künftig mit zusätzlich rund 300 000 Euro belasten. Zudem stünden im neuen Jahr Tarif-erhöhungen an.

„Es gibt doch auch weiche Faktoren, die man anbieten kann, wie zum Beispiel viele Fortbildungsmöglichkeiten oder ein Jobticket“, sagt er. Er schlägt vor, den CDU-Antrag zunächst im Haupt- und Finanzausschuss weiter zu diskutieren. Diesen Vorschlag favorisiert auch die SPD-Fraktion. „Wir sollten in Ruhe die Fakten prüfen. Trotz des Wissens um die Wichtigkeit des Themas müssen wir die Finanzen unserer Gemeinde im Blick behalten“, betont Olaf Schumann (SPD).

CDU-Fraktionsvorsitzende Ca-

rina Wacker versucht noch einmal, das Parlament zu überzeugen, eine Entscheidung ohne Umweg über den Ausschuss zu treffen.

„Die Sicherstellung der Betreuung von Kindergartenkindern ist eine Pflichtaufgabe unserer Gemeinde. Bei knappen Kassen muss dann eben anderswo gespart werden – zugunsten der Kinder und deren Familien“, betont sie. Vergeblich, die Mehrheit der Gemeindevertretung stimmt für die Überweisung an den Ausschuss.

Bürgermeisterin Conny Rück (SPD) betont im Nachgang, dass sie dies für vernünftig hält. „Wir dürfen nicht vergessen: Umgerechnet würden 300 000 Euro bei der Grundsteuer B eine Erhöhung um 70 Punkte bedeuten.“

Ausschnitt aus **Frankfurter Rundschau** vom **30.11.2022**

## **Ticketverkauf startet**

### **Schöneck - Viele Kultur-Veranstaltungen**

Der Vorverkauf für die Reihe „Kultur in Schöneck 2023“ ist gestartet. Attraktive Veranstaltungen aus den Bereichen Kabarett, Comedy, Theater und Musik werden wieder vom Fachbereich für Familie und Kultur der Gemeinde Schöneck angeboten. Jochen Malmshemer, Mirja Regensburg, Tobias Mann und das Kikeriki Theater sind unter anderem zu Gast. Mittels eines „Flip Books“ ist es digital möglich, auf der Homepage der Gemeinde durch das Programm zu blättern. Informationen und Ticketvorverkauf unter z 06187 9562407 oder per E-Mail an [ticket@schoeneck.de](mailto:ticket@schoeneck.de). Karten gibt es auch an allen bekannten Vorverkaufsstellen in Schöneck und Nidderau. fmi



# Mann gedemütigt und gefilmt

**MAINTAL** Landgericht schickt 22-Jährigen sieben Jahre in Haft

**A**m Ende einer Urteilsverkündung werden Zahlen genannt. Die Paragrafen der Straftaten, die angewendet werden. Landgerichtsvizepräsident Mirko Schulte nennt an diesem Tag viele Paragrafen. Fast scheint es so, als ob es die Hälfte des Stragesetzbuches ist. Und es sind schwere Taten dabei: Vergewaltigung, Raub, sexuelle Nötigung, räuberische Erpressung, Körperverletzung.

Insgesamt sind es neun Taten, für die der erst 22 Jahre alte Maler- und Lackierer A. aus Schöneck von der 1. Großen Strafkammer am Landgericht Hanau für schuldig befunden und verurteilt wird: Sieben Jahre und zwei Monate muss er ins Gefängnis, weil er zwei Männer massiv bedroht und finanziell ausgebeutet hat. Eines seiner Opfer hat er sogar sexuell gedemütigt.

Einen „ungewöhnlichen Fall“ nennt der Vorsitzende dieses Strafverfahrens. Es sei erwiesen, dass der 22-Jährige einen gleichaltrigen, ehemaligen Berufsschulkameraden, sowie einen 25-Jährigen durch die Drohungen mit massiver Gewalt in eine „Schuldenknechtschaft“ gezwungen habe. Es sei eine „parasitäre Ausbeutungsmasche“ gewesen, so Schulte, der sich zusammen mit den weiteren vier Richtern einig ist: „Der Angeklagte muss gestoppt werden.“

Denn innerhalb einer kurzen Zeit im vergangenen Winter und Frühjahr habe die spirale der Drohungen und das „sadistische Quälen“ der Opfer zugenommen. Immer höhere Beträge wurden den Opfern abgepresst bis hin zu einem Schuldschein über die willkürliche Summe von 46 000 Euro.

„Es ist eskaliert“, sagt der Vorsitzende über die ekelhaften Verbrechen und Demütigungen, die vom Angeklagten auch noch auf Handy gefilmt worden sind.

Doch die Aufnahmen führen dazu, den 22-Jährigen schließlich zu überführen.

Dabei hilft auch „Kommissar Zufall“, denn die Ausbeutung ist nur ans Licht gekommen, weil das jüngere Opfer schließlich kein Geld mehr besitzt und sich an einen Bekannten wendet. Dieser wittert, was dahinter stecken könnte und alarmiert die Polizei.

## **Opfer massiv bedroht und ausgebeutet**

Zuvor war es zwischen den Maintaler Stadtteilen Dörnigheim und Bischofsheim bei einem Hinterhalt zu einem Raubüberfall auf den 25-Jährigen gekommen, bei dem der Angeklagte zwei iPhones sowie ein Laptop erbeutet hatte. Doch es steckt mehr dahinter, denn der Schönecker hat ganz offensichtlich auch dem organisierten Verbrechen in Frankfurt zugearbeitet.

Denn eine Masche war es, die Opfer zu zwingen, bei Online-Banken Konten zu eröffnen. Die Karte sowie die Zugangsnummern verkaufte A. an Hintermänner, die zur „Bankkarten-Mafia“ in der Mainmetropole

zählen. Erschwerend kommt hinzu, dass der junge Schönecker bereits als Jugendlicher auffällig geworden ist, aber offensichtlich nie einen Riegel vorgeschoben bekommen hat.

Die Strafkammer sieht eine drastische Strafe diesmal als unabweichlich und folgt dem sehr ausgewogenen Plädoyer von Staatsanwalt Florian Hübner, der sieben Jahre und zehn Monate Freiheitsstrafe gefordert hatte. Bettina Bauch, die Vertreterin des 22-jährigen Opfers, schließt sich dem Staatsanwalt an. A.s Verteidiger Tobias Schmelz beantragt „unter sieben Jahre Haft“.

„Sie dürfen sich bei Ihrem Verteidiger bedanken“, bemerkt Schulte abschließend, zur Anklagebank gewandt. Denn nur durch ein umfassendes Geständnis von A., die Nennung von mutmaßlichen Komplizen, Reue und Entschuldigungen sowie eine zivilrechtlich vereinbarte Zahlung von 22 000 Euro als Täter-Opfer-Ausgleich sei das Strafmaß noch in diesem Bereich ausgefallen. „Es hätte sonst deutlich zweistellig werden können“, so der Vorsitzende Richter.

Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.